

Die Studenten protestieren wieder. Sie fordern bessere Studienbedingungen, mehr und beitragsfreie Studienplätze und eine großzügigere Studienfinanzierung. Hochschulvertreter und Politiker stellen sich an ihre Seite mit Kassandrarufern über den Niedergang des Bildungssystems, wenn nicht bald ernsthaft eingegriffen wird. Das kann den unbedarften Zeitungsleser schon verwirren: Bildungspolitik scheint doch mittlerweile größte politische Priorität zu haben: Vor einem Jahr proklamierte die Bundeskanzlerin die Bildungsrepublik Deutschland, alle Parteien erklären Bildung mittlerweile zur Top-Priorität und der aktuelle Koalitionsvertrag trägt die Bildung zum ersten Mal im Titel. Stehen nun alle Zeichen auf Bildung oder ist das System dem Untergang geweiht?

Ob jemand Aufbruchs- oder Untergangsstimmung verbreitet, ist eine Frage der Zielsetzung: Will man Missstände anprangern, um Änderungen zu erzielen? Oder soll die Situation als hoffnungsvoll dargestellt werden, um die Gestaltungsfähigkeit der Politik zu unterstreichen? Im Chor der Akteure, die sich alle auf das Ziel einer Verbesserung der Studien- und Forschungsbedingungen an Hochschulen zu einigen scheinen, hört man häufig nicht mehr, wessen Stimme gerade ertönt. Doch es lohnt sich, genau hinzuhören, wer da spricht.

Verbindendes Element ist der Wunsch nach einem guten Studium und entsprechend guten „Resultaten“: Hinter die protestierenden Studenten stellt sich der Deutsche Hochschulverband, der besonders die hohe Lehrbelastung beklagt, wengleich viele Professoren an der Neustrukturierung der Studiengänge beteiligt waren. Für Nachbesserungen im Bologna-Prozess setzen sich auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ein. Die einen



© David Auserhofer

Lena Ulbricht

Alle einmütig für bessere Bildung?

verfechten die Mitbestimmung von Hochschulmitarbeitern, die anderen verlangen nach guten Absolventen in ausreichender Zahl.

Wenn es jedoch um Verantwortung geht, sind die Schuldigen immer die anderen: Die Kultusministerkonferenz (KMK) setzt sich mit der Kritik auseinander, gelobt Besserung und formuliert dabei Ansprüche an Hochschulen und den Akkreditierungsrat. Die Hochschulrektorenkonferenz tritt mit der KMK in den Dialog – und spielt den Ball an die Länder zurück, die die Hochschulen nicht mit genügend Geld und Autonomie ausstatten würden. Politiker verschiedener Parteien werden nicht müde zu betonen, dass nachgebessert werden müsse – während sie den Konflikt dazu nutzen, den politischen Gegner an den Pranger zu stellen. Noch wichtiger ist aber, die Verantwortung auf andere zu schieben – den Bund, die Länder, die Hochschulen, die Professoren, Akkreditierungsagenturen – und den Wählern zu vermitteln, dass man sich der Probleme annimmt.

Ist man sich der Interessen der Sprachführer bewusst, folgt die Frage nach der Handlungsfähigkeit: Wer hat die Kompetenzen und die Ressourcen, etwas zu verändern?

Spätestens hier wird deutlich, dass der Bund den Prozess kaum beeinflusst, weil er, begrenzt durch das Grundgesetz, für die Hochschullehre wenig tun kann. Die Länder sehen sich zukünftig schrumpfenden Steuereinnahmen und Verschuldungsgrenzen gegenüber, obwohl sie bereits heute mehr in die Einstellung von Personal investieren müssten. Folgerichtig verfügen die Hochschulen über zu wenig Ausstattung und beklagen darüber hinaus fehlende Autonomie, besonders in Bezug auf Haushaltsfragen. Studenten und Dozenten sind wiederum zu selten an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen beteiligt – innerhalb der Hochschule, aber auch in politischen Gremien hätten Fehler der Bologna-Reformen durch eine Konsultation der Betroffenen und Ausführenden vermieden werden können.

Mehr Mitbestimmung kann aber ein Problem nicht lösen: Geldmangel, insbesondere für die Einstellung neuen Personals. Da die Länder knapp bei Kasse sind und der Bund nicht einspringen darf, gibt es hier zwei Lösungen: Die kleine läge im massiven Ausbau des Hochschulpaktes, der dem Bund die Mitfinanzierung neuer Studienplätze ermöglicht – aber zeitlich befristet ist und die Länder stärker zur Kasse bittet. Die große und nachhaltigere Lösung wäre eine Änderung des Grundgesetzes, die dem Bund wieder ein Mitspracherecht für Bildung einräumt. Wenn Bildung tatsächlich Priorität haben soll, kann sich der Bund nicht auf Forschungsfinanzierung und die finanzielle Förderung von Studierenden beschränken (lassen). Da er sich seit Jahren für eine kontinuierliche Ausweitung der Studierendenzahlen ausspricht, tut als Ergänzung zur Exzellenzinitiative ein umfangreiches Programm für die Lehre Not.

Lena Ulbricht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB
ulbricht@wzb.eu